

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 4. 33. Jahrg.

23. Januar 1920.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, III. Redaktionsschlößchen. Montag. Telefon: Amt Norden. 4268.  
Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24. Druk und Expedition: Conrad Müller, Schkendits-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands Anfang 1920. Rundschau. — **Allgemeines:** Nachtrag zu den Lohnvereinbarungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Tarifvertrag für das photographische Vergrößerungsgewerbe. Ortsberichte: Dresden. — **Der Steindrucker:** Pflidterfüllung und Verantwortlichkeit. — **Die photomech. Fächer:** Ortsberichte: Hamburg, Chemigraphen. — **Die Tapetenbranche:** Ortsberichte: Berlin, Formstecher. Einbeck, Formstecher. — **Feuilleton:** Was ist ein Gewerkschaftsbonze. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### Tarifanerkennung für das Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Dieser Nummer liegt ein Verzeichnis derjenigen Firmen bei, die den für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe abgebenen zentralen Tarif anerkennen. Eine frühere Herausgabe dieses Verzeichnisses war wegen Papiermangels in der Druckerei nicht möglich.

Wir ersuchen alle Kollegen, deren Arbeitgeber in diesem Verzeichnis noch fehlen, Schritte zu unternehmen, um die unterschriftliche Anerkennung des Tarifes herbeizuführen. Erfolgreiche Anerkennungen des Tarifes sind sofort dem Tarifamt, Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73 zu melden.

Der Verbandsvorstand.

### Die Beitragserhöhung und das neue Statut.

Am 4. Januar ist die vom Verbandstag in Magdeburg beschlossene Beitragserhöhung in Kraft getreten.

Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 2,— Mk., für weibliche Mitglieder 1,20 Mk. ausschließlich des ortsüblichen Lokalzuschlages.

Nach § 10, Abs. 2 des Statuts seit der Mündigen Generalversammlung unter die Ausnahmebestimmungen fallenden Mitglieder zahlen folgende Wochenbeiträge:

- 1,45 Mk. für Reise-, Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankenunterstützung, Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung (bisher 1,20 Mk.).
- 1,— Mk. für Krankenunterstützung, Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung (bisher 0,90 Mk.).
- 0,65 Mk. für Krankenunterstützung und Sterbegeld, ebenso die nach § 10, Abs. 3 benannten Mitglieder, wenn nach § 30, Abs. 1 nur Ansprüche auf Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung erworben werden (bisher 0,50 und 0,55 Mk.).

Das Eintrittsgeld beträgt die Höhe eines Wochenbeitrages.

In der Lehrlingsabteilung beträgt der Wochenbeitrag vom 4. Januar ab 20 Pfg. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Die entsprechenden Beitragsmarken sind von uns an die Ortsverwaltungen versandt. Sollten diese irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir um Mitteilung.

Nach dem Beschlusse des Verbandstages dürfen die alten Beitragsmarken nur noch bis zum 1. Februar in den Händen der Ortskassierer bleiben. Jede Restwoche, die nach dem 1. Februar noch vorhanden ist, muß nach den neuen Beitragsätzen bezahlt werden. Die Kollegen wollen daher aus eigenem Interesse schnellstens alle bis zum 3. Januar vorhandenen Restwochen begleichen.

Die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Kollegen können ihre evtl. Restbeiträge noch zu dem alten Satze bezahlen. Diese Beitragsmarken sind von uns zu haben.

Ferner weisen wir darauf hin, daß nach den Beschlüssen des Magdeburger Verbandstages alle bisherigen Unterstützungsätze bis zum 1. April 1920 weitergezahlt werden. Erst dann treten die neuen Unterstützungsätze in Kraft.

Wir bitten alle Verbandsfunktionäre, dieses zu beachten. Im übrigen verweisen wir bezüglich des

neuen Statuts auf den Artikel in Nr. 50 der »Graphischen Presse« vom 12. Dezember, Seite 241 und auf unser Rundschreiben Nr. 1 vom 17. Dezbr. 1919.

Der Verbandsvorstand.

### An die Orts- und Gavourstände

sandten wir unsere Rundschreiben Nr. 2 und 3 mit wichtigen Mitteilungen für die Ortsvorstände. Den Rundschreiben lagen bei: Satzungen für das Graphische Kartell, der zweite Nachtrag zum Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe, der Tarif für das photographische Vergrößerungsgewerbe und ein Bericht über die vorzunehmende Abstimmung. Ebenso wurden die Lehrlingsmarken versandt.

Sollte die Sendung irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir diese nachzufordern.

Die Bestellungen auf die Protokolle des Verbandstages sind bis jetzt sehr spärlich eingegangen. Wir müssen mindestens eine Druckzahl von 1000 Exemplaren erreichen, um einen erschwinglichen Preis für das ziemlich starke Buch zu erzielen. Es zeigt von großer Interesslosigkeit, wenn nicht einmal jedes 17. Mitglied ein solches Protokoll zu besitzen wünscht.

Wir bitten also die Mitgliedschaftsvorstände noch weitere Bestellungen innerhalb kürzester Frist aufzugeben.

Der Verbandsvorstand.

### Achtung! Lichtdrucker!

Auf Grund des Aufrufes in Nr. 45 der »Graph. Presse« betr. Neubildung des Tarifausschusses gingen der Zentralkommission folgende Vorschläge für Kreisvertreter bzw. Stellvertreter zu:

#### Kreis I (2 Vertreter).

Fritz Dreßler, Berlin, Kreisvertreter,  
Hugo Albrecht, Neukölln, „  
Rudolf Tradsler, Schöneberg, Stellvertreter,  
Adolf Schulz, Berlin, „

#### Kreis II.

Hugo Ludwig, Hamburg, Kreisvertreter,  
Georg Beuesch, Lübeck, „  
Heinrich Dellefs, Hamburg, Stellvertreter,  
Paul Kluge, Lübeck, „

#### Kreis III.

Fritz Zahn, Leipzig, Kreisvertreter.

#### Kreis IV.

Willy Ulbricht, Dresden, Kreisvertreter,  
Georg Hummel, „ Stellvertreter.

#### Kreis V.

Karl Höke, Magdeburg, Kreisvertreter,  
Guido Köhler, „ Stellvertreter.

#### Kreis VI.

Ludwig Kalb, München, Kreisvertreter,  
Jakob Fahrner, „ Stellvertreter.

#### Kreis VII.

Karl Häfele, Stuttgart, Kreisvertreter,  
Eduard Heinle, „ Stellvertreter.

Die Zentralkommission beschloß in den Kreisen I und III bis VII, wo sich die Anzahl der Kandidaten mit den zu vergebenden Mandaten deckt, von der Ausschreibung einer besonderen Wahl abzusehen und die Vorgeschiedenen als gewählt zu proklamieren.

Für den Kreis II: Norddeutschland (außer Berlin) und die Provinzen Hannover und Westfalen findet die Wahl durch Urabstimmung bis zum 31. Januar statt.

Stimmberechtigt sind alle organisierten Lichtdruckerkollegen, auch wenn dieselben zurzeit nicht berufstätig sind.

Das Material — Stimmzettel — ist den in Frage kommenden Mitgliedschaften bereits zugesandt. Stimmzettel, welche erst nach dem 6. Februar 1920 bei Unterzeichneter eingehen, sind ungültig.

Alle sonstigen Zuschriften für die Zentralkommission sind von jetzt ab an den Kollegen Karl Reinhold, Berlin-Friedenau, Laubacherstraße 11 zu richten.

Zentralkommission der Lichtdrucker

I. A.: Hugo Albrecht,  
Neukölln, Schillerpromenade 6, I.

### Die wirtschaftliche Lage Deutschlands Anfang 1920.

Die Signatur des beginnenden Jahres ist die fratzenhafte Verzerrung von Preis und Preisbildung. In fortwährender Bewegung, wie der ewige Jude, und mit der Geschwindigkeit des Lichtes ist die Preisbildung ewigem Fluß unterworfen und schmeißt Begriffe über den Haufen, die einmal so unumstritten waren, daß sie gleich wissenschaftlichen Gesetzen kamen. Es ist eine Revolution auf dem Gebiete der Preisbildung eingetreten, deren Ende abzusehen kein Sterblicher in der Lage ist. Gegenstände, insbesondere Gegenstände des täglichen Gebrauchs, die vor dem Kriege noch für Grosdien erstanden werden konnten, verlangen heute mindestens die Aufwendung der gleichen Anzahl von Reichskassenscheinen mit dem Aufdruck 1 Mark. Und dabei muß man noch froh sein, wenn der benötigte Gegenstand überhaupt zu haben ist. Von der Qualität ganz zu schweigen. Denn auch noch nach dem offiziellen Friedensschluß, der am 10. Januar durch den Austausch der Ratifikationsurkunden befähigt wurde und uns Bedingungen auferlegt, die nach menschlichen Ermessen nicht zu erfüllen sind, wird in Deutschland noch eine Zeitlang Kriegsware von Kriegersatzqualitäten den Markt zieren und dafür Preise erfordern, deren Höhe im umgekehrten Verhältnis zur Güte der Waren steht.

Einen Anstoß zur Steigerung aller Warenpreise gab die Regierung durch ihre Liebesgabe an die Agrarier infolge der Preiserhöhung für Getreide und Kartoffeln. Ob der verfolgte Zweck erreicht wird, die Landwirtschaft durch Zahlung entsprechender Preise zur besseren Ablieferung ihrer Produkte zu bewegen, steht noch dahin. Wohl wurde mit Eintritt milderer Witterung die Hackfruchtternte wieder aufgenommen, aber schon heute kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß Kartoffeln und Rüben aus dem östlichen Teil Deutschlands unter den Witterungsverhältnissen mehr gelitten haben als in den westlichen. In der Viehhaltung macht sich Futter- und Streumittelmangel bemerkbar, so daß im Frühjahr mit einer Futternot zu rechnen ist. — Die Nebenbetriebe der Landwirtschaft leiden genau so unter dem Fehlen von Brennmaterial wie alle anderen Unternehmungen. Die Annahme, daß auch die Weinergewinnung außerordentlich unter der Ungunst der Witterung leiden würde, hat sich als falsch erwiesen. Die gehegten Befürchtungen sind nicht eingetroffen und liegt eine Ernte mittleren Grades vor. Das hat nicht verhindert, daß auch die Weinpreise unerträglich in die Höhe geschmettelt sind. Erzielten doch bei der jüngsten Weinversteigerung der Preussischen Weinbau-Domänen-Verwaltung einzelne Weine 600 — 800 Mark für den Liter.

Die Ernährungsverhältnisse haben sich infolge der ungünstigen Witterung und der Verkehrsschwierigkeiten weiterhin verschlechtert. In einzelnen Gebieten fehlen Kartoffeln ganz. Andere wieder geben nur ganz verkürzte Rationen aus. Nach Angabe der Regierung ist zwar einstweilen die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt, aber die Belieferung mit Fleisch, Fett und vor allen Dingen Butter, ist nach wie

vor völlig unzureichend. Zur Bekämpfung des immermehr umsichgreifenden und die Durchführung der Rationierung erheblich erschwerenden Schleichhandels ist durch Einsetzung von Wuchergerichten eine Beschleunigung der Verfahren und eine Verschärfung der Strafen eingetreten. Gegen die Unterbindung des Schleichhandels machen die Gastwirte überall mobil, weil dadurch angeblich ihre Existenz bedroht wird. Sie haben allorts Protestkundgebungen losgelassen, die in Berlin zu Ende des vergangenen Jahres zur Schließung sämtlicher gastwirtschaftlichen Betriebe auf die Dauer von zwei Tagen führten, den Zweck verfolgend, dadurch die Regierung zu zwingen, die Verordnung gegen den Schleichhandel zurückzunehmen. Aber auch der Wohnungswucher hat in verschiedenen Städten Deutschlands zu Protestkundgebungen geführt mit dem Ziel, durch Regierungsmaßnahmen der Wohnungsnot energisch auf den Leib zu rücken.

Die gesamte Lage der Industrie ist infolge der Kohlennot nicht günstiger geworden. Hinzu kommt noch der Mangel an Verkehrsmitteln. Die Unruhe, die gegenwärtig das ganze Eisenbahnnetz ergriffen und teilweise eine Stilllegung des Verkehrs herbeigeführt hat, verschärft den vorhandenen Mangel noch erheblich. Liegen auch für einen Teil der Industrie Aufträge in genügender Zahl vor, ein Teil der Gewerbe hat sogar Hochkonjunktur, so fehlt es doch überall an Brennstoffen oder Rohstoffen, oder beiden zusammen. Das von der Industrie vielfach verlangte beschleunigte Bewilligungsverfahren zur Ausfuhr, sowie die Überwachung der Ausfuhrpreise zur Verhinderung von Schleuderverkäufen dürfte bald in Wirksamkeit treten. Die eingeleitete Außenhandelskontrolle, die eine Verschleuderung deutscher Waren an das Ausland verhindern soll, wird diesen Wünschen Rechnung tragen und dafür sorgen, daß der Ausverkauf Deutschlands noch kurz vor Toresschluß unterbunden wird.

Der Stand der Valuta begünstigt diesen Ausverkauf Deutschlands außerordentlich und deutsches Schieberum unterstützt die Entente bei ihrer Sabotage der deutschen Grenzkontrolle. Daß die Entente mit ihrer Sabotage einen Stoß in das Herz der deutschen Wirtschaft nur zu ihrem eigenen Schaden führt, dürfte sich nur zu bald zeigen. Der kapitalistisch imperialistische Vorstoß Amerikas, der letzten Endes zu einer wirtschaftlichen Versklavung Europas führen muß, wird auch die stolze Valuta von ihrer Höhe herunterholen und den Expansionsgünstigen Amerikas ganz Europa ausliefern. Schon rüstet das amerikanische Kapital fleißig. Milliarden werden aufgewendet, die Großbetriebe noch zu vergrößern. Im Endkampf wird auch England den Sieg an die Fahnen Amerikas abgeben müssen.

Die Entwicklung der Valuta Deutschlands, die im ersten Drittel des Dezember ihren tiefsten Stand erreicht hatte, beginnt sich langsam wieder zu erholen und bei einem allerdings stärker ermäßigten Stande Gewinnfestigkeit zu zeigen.

Jede Steigerung der Warenpreise hat neue Lohnerhöhungen zur Folge, solange um das Existenzminimum gerungen wird. Auch zu Beginn des neuen Jahres steht das deutsche Wirtschaftsleben vor neuen Lohnbewegungen. Neigt auch die Arbeitsmarktlage infolge von Brenn- und Rohstoffmangel der Verschlechterung zu und müssen deshalb Arbeitszeitverkürzungen, Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, so bleibt trotzdem die Erhöhung der Löhne und ihre Anpassung an die Warenpreise eine Notwendigkeit. Die Führung einer konsequenten Lohnpolitik zum Schutze des Arbeiters gegen die fortgesetzte Entwertung des Geldes läßt den Gedanken der gleitenden Lohnskala immer mehr an Raum gewinnen. Die wiederholt schon geforderte Einrichtung eines Lohnamtes mit dem Auftrag, den Arbeitslohn nach ermittelten Warenpreisen fortlaufend zu regulieren, ist der Versuch, die Gestaltung und Festsetzung des Arbeitslohnes der privaten Regelung aus der Hand zu nehmen.

In der Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen ist eine Abnahme zu beobachten. Eine weitere Abnahme der Zahl der Arbeitslosen wird dagegen in Zweifel gestellt, da in Landwirtschaft und Bergbau die Nachfrage nach Arbeitskräften stark nachgelassen hat, im Bergbau vornehmlich wegen der fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten. Aber auch aus betriebstechnischen Gründen können ungelernete Arbeiter im Bergbau nicht mehr eingestellt werden, weil sich deren Zahl mit einer entsprechenden Anzahl gelernter Arbeiter decken muß. Die wechselnden Witterungsverhältnisse üben ebenfalls ihren Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes aus, besonders in den Berufen die im Freien arbeiten. Neue Einstellungen in den Bauberufen, bei den Notstandsarbeiten und in der Landwirtschaft fehlen ganz. Besserungen des Arbeitsmarktes in einzelnen Bezirken werden durch Verschlechterungen in anderen Bezirken wieder aufgehoben.

Die Kohlenversorgung wird trotz steigender Förderung immer bedrohlicher. Die Lieferungen an die Entente, sowie die Abtrennung wichtiger Kohlenbecken wird die Kohlennot noch auf absehbare Zeit in Dauer erhalten. Zu befürchten steht augenblicklich, daß selbst bedeutende Gasanstalten vorübergehend ganz zum Erliegen kommen. Die verstärkte Belieferung der Eisenbahnen nach Süddeutschland, sowie das frühe Einsetzen des Winters hat die Lage des Hausbrandes noch mehr verschlechtert. In wieweit die durch die Forderung der Sechstundenschicht für die unter Tags arbeitenden Bergarbeiter erzeugte Unruhe auf die Kohlenförderung Einfluß gewinnt, läßt sich noch nicht absehen. So berechtigt diese Forderung auch ist, dürfte sie bei ihrer Erfüllung ein weiteres Anziehen der Kohlenpreise zur Folge haben.

Im Handel machen sich verschärfte Transportschwierigkeiten bemerkbar. Der Mangel an Lagervorräten läßt eine glatte Abwicklung der Bestellungen nicht zur Tatsache werden. Der Versand von Rohmaterial und Fertigfabrikaten ist äußerst beschränkt.

Die Börse zeigt trotz aller Betriebschwierigkeiten und Betriebsbeschränkungen eine feste Haltung. Gelegentliche Reaktionen bleiben ohne alle Wirkung. Auch außenpolitische Momente üben nur vorübergehend Einfluß aus.

So zeigt das deutsche Wirtschaftsleben zu Anfang des neuen Jahres gerade kein rosiges Gesicht. Trotzdem liegt kein Grund vor zu verzagen. Ob die augenblicklich im Gang befindliche Bewegung gegen das Betriebsrätegesetz sich weiter auswächst und Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens gewinnt, steht noch dahin. Aber die Ratifikation des Friedensvertrages wird trotz der auferlegten schweren Bedingungen eine weitere langsame Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage mit sich bringen und dadurch die furchtbare Not, die riesiger Warenmangel erzeugt hat, in etwas lindern.

## Rundschau.

**Graphischer Industrieverband.** Der Gutenbergbund (Sitz Berlin) sowie der graphische Zentralverband (Sitz Köln a. Rh.), die beide dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, haben sich zu einem Graphischen Industrieverband (christliche Gewerkschaft) verbunden. Aus den 21 Paragraphen ist zu ersehen, daß beide Verbände in ihrem inneren Organisationsleben ihre Selbstständigkeit behalten. Nach § 5 verpflichten sich die Verbände zu gegenseitiger Unterstützung und Solidarität bei der Durchführung aller gewerkschaftlichen Arbeiten.

**Der Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal Deutschlands** tritt am 1. Januar 1920 in Kraft.

Über die Festsetzung der tariflichen Mindestlöhne für das männliche Hilfspersonal schweben noch Verhandlungen, die bis zum 15. Januar abgeschlossen sein müssen.

Denjenigen Hilfsarbeitern, die nach erfolgter Festsetzung der tariflichen Mindestlöhne einen höheren Lohn zu beanspruchen haben, ist die Differenz ab 1. Januar 1920 nachzuzahlen.

Der Reichstarif ist abgeschlossen zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und dem Verbande der Buch- und Schemdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Sein Geltungsbereich erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich mit Ausnahme der Städte unter zehntausend Einwohnern, jedoch mit der Maßgabe, daß auch in diesen Städten Betriebe mit mindestens vier Druckmaschinen unter diesen Tarif fallen. Wird während der Tarifperiode von den örtlichen Organisationen der Prinzipale und der Hilfsarbeiter der Antrag auf Ausdehnung des Tarifs auf ihren Ort gestellt, so entscheidet darüber das Tarifamt. Solche Anträge können auch von einzelnen Betrieben im Einverständnis mit dem Personal gestellt werden.

Die Auslegung und Befolgung der Bestimmungen des Tarifs hat seitens der vertragschließenden Parteien und der Tariforgane, wie im Deutschen Buchdrucker-Tarif, nach dem Grundsätze von Treu und Glauben, mit Rücksicht auf Berufsgebrauch und Verkehrssitte zu erfolgen.

Soweit im folgenden nicht besondere Abmachungen getroffen sind, finden die Bestimmungen des Deutschen Buchdrucker-Tarifs auf die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sinnngemäße Anwendung.

**Stand der Gewerkschaften auf der ganzen Welt.** Nach der Beendigung des Weltkrieges haben die Fachorganisationen einen ungeahnten Zuwachs erhalten und sind ins Riesenhafte gewachsen. Überall faßt der Gedanke der Notwendigkeit des einheitlichen Zusammenschlusses gegen das Arbeitgeberum Wurzel und führt zur Erfassung auch der letzten noch nicht organisierten Arbeitnehmer. Im kleinen Deutsch-Ostereich sind heute über 600 000 gewerkschaftlich Organisierte, demnach ein Zehntel der gesamten Bevölkerung; in Wien stellt sich das Verhältnis noch günstiger; dort ist nämlich bereits ein Sechstel der Einwohnerschaft organisiert. Nach der Statistik, die anläßlich des internationalen Kongresses der Fachorganisation in Amsterdam herausgegeben worden ist, ist der Stand der Organisationsbewegung folgender:

Deutschland . . . . .	6097 000 Mitglieder
Rußland . . . . .	5000 000 "
England . . . . .	4750 000 "
Amerika . . . . .	3600 000 "
Frankreich . . . . .	1500 000 "
Italien . . . . .	1500 000 "
Deutschösterreich . . . . .	500 000 "
Belgien . . . . .	450 000 "
Dänemark . . . . .	255 000 "
Schweden . . . . .	235 000 "
Tschechoslowakei . . . . .	230 000 "
Holland . . . . .	265 000 "
Schweiz . . . . .	200 000 "
Spanien . . . . .	150 000 "
Norwegen . . . . .	122 000 "
Luxemburg . . . . .	21 000 "
Die Balkanstaaten . . . . .	200 000 "

Es hat also die Gewerkschaftsweltarmee bereits mehr als 20 000 000 organisierte Soldaten. Dabei sind nicht berücksichtigt die mächtigen Fachorganisationen Australiens, Kanadas, Südamerikas, Afrikas und Asiens.

**Die deutschen Gewerkschaften am Jahres-schluß.** Das »Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes« gibt in seinem Jahresrückblick für 1919 über das Anwachsen der Gewerkschaften folgenden Aufschluß:

»Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Befriedigung zurückblicken. Mit 1,6 Millionen Mitgliedern begannen sie ihren Wiederaufstieg, und am Jahres-schluß erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwicklung war geradezu eine stürmische. Bereits Ende Januar war die Mitgliederhöhe der Vorkriegszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifellos können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andere Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber diese werden nur in dem Maße organisationsreif, als sich das Wirtschaftsleben wieder erstarbt. Auch die Millionen Arbeitnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Immerhin wurde von Mitte August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die siebente Million von Mitgliedern hinzugefügt. Auch heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen, und wenn es auch langsamer vorwärts geht, als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten. Von den 52 Gewerkschaften zählen 12 über 100 000 Mitglieder; sie vereinigen mit insgesamt 5,91 Millionen etwa 82 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Zehn weitere Verbände zählen über 50 000 bis 90 000 Mitglieder. Mit 710 000 Mitgliedern umfassen sie etwa 10 Prozent der Gesamtzahl. Die restlichen 500 000 Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen 17 Verbände zwischen je 10 000 und 48 000 und 13 weniger als je 10 000 Mitglieder zählen.«



# Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Nachtrag zu den Lohnvereinbarungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe vom 11. Januar 1920.

In den späten Abendstunden des 11. Januar wurde aus Mangel an Zeit bestimmt, daß die Vorstände der beiderseitigen Vertragsorganisationen sich über eine gewisse Erklärung verständigen sollten, in der zum Ausdruck kommt, daß die Tarifparteien die neue Teuerungszulage unter gewissen Bedingungen abgeschlossen haben. Die Vorstände haben verhandelt und sind zu folgendem Wortlaut, der am 11. Januar nur umrissenen Erklärung, gekommen:

Die Prinzipalität gibt diese Teuerungszulage, die eine hohe Belastung der Betriebe darstellt, in der Erwartung, daß auch in Zukunft die Vertragstreue durch die Gehilfen nicht verletzt wird. Die neuen Vereinbarungen vom 11. Januar sind getroffen, um dem Lithographie- und Steindruckgewerbe eine ruhige Entwicklung auch weiterhin zu sichern.

Über diese Bedingungen hinaus dürfen Lohnverbesserungen nur auf Grund freier Verständigung gewährt werden. Die Anwendung von Zwangsmitteln aller Art gilt als vertragswidrig.

Diese Erklärung kann uns nicht stören! Sie erkennt berechtigterweise die bisher geübte Vertragstreue der Gehilfen an. Es liegt kein Grund vor diese Vertragstreue in Zukunft zu verletzen. Die Gehilfenschaft ist in jahrzehntelangen Kämpfen für den Gedanken des Tarifvertrags eingetreten, stets in dem Bewußtsein, einmal abgeschlossene Verträge auch zu halten. Wenn das letzte Lohnübereinkommen bis zu seinem Endtermin nicht eingehalten wurde, so waren dafür Verhältnisse maßgebend, die weder von den Gehilfen noch von den Unternehmern verschuldet worden sind. Und daß eine nicht vorher abzusehende, grundlegende Veränderung aller Voraussetzungen erfolgt war, wurde auch von den Unternehmern anerkannt dadurch, daß man im Prinzip der Notwendigkeit der Neuregelung der Lohnfrage zustimmte.

Wenn um die Jahreswende eine Unruhe in Gehilfenkreisen bemerkbar war, so ist das eben auf die grundlegende Veränderung der Existenzmöglichkeit zurückzuführen. Es liegt auch im Interesse der Gehilfenschaft, dem Lithographie- und Steindruckgewerbe auch weiterhin eine ruhige Entwicklung zu sichern. Wir wissen ganz genau, daß unser Gewerbe, als in der Hauptsache Exportgewerbe, darauf angewiesen ist, mit dem Ausland in Konkurrenz zu treten, und nur mit Qualitätsware in der Lage ist, seine alte Höhe annähernd wieder zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen gehört eine ruhige Entwicklung des Gewerbes dazu. Das mögen sich auch unsere Unternehmer wohlweislich überlegen und alles vermeiden, was die Ruhe im Gewerbe stören könnte. Und da darf auch von dieser Seite die Vertragstreue nicht verletzt werden. Unseren Gehilfen empfehlen wir bei jeder vor kommenden Verletzung des Vertrages die im Vertrag vorgesehenen Schiedsinstanzen in Anspruch zu nehmen und ihr Recht zu suchen. Auch empfehlen wir nicht nur, sondern erheben es zur direkten Pflicht bei weiterem Steigen der Existenzmittelpreise die vorgesehene Wege einzuschlagen.

Daß neu abgeschlossene Lohnabkommen sieht entgegen den vergangenen auch hier einen gangbaren Weg vor. Bei notwendig werdender Veränderung des Lohnabkommens werde man sich mit seinen Abänderungsanträgen rechtzeitig an den Vorstandsvorstand, damit die vorgesehene Kündigungsfrist des Lohnabkommens eingehalten werden kann und die Kündigung rechtzeitig erfolgt.

Weiterhin muß der Gehilfenschaft gegenüber noch darauf verwiesen werden, daß auch fernere Lohnverbesserungen auf Grund freier Verständigung nicht als Verletzung des Vertrages betrachtet wird. Nur sind Zwangsmittel aller Art zu vermeiden. Wer auf Grund höherer Leistungsfähigkeit glaubt auch einen höheren Lohn beanspruchen zu können, soll sich nicht abhalten lassen, seine höheren Ansprüche auch geltend zu machen, jedoch nur als Einzelner, nicht in der Gesamtheit. Der Vertrag sieht nur Mindestlöhne vor und vermeidet eine Grenze nach oben. Das scheint in Kollegenkreisen noch gar nicht so richtig gewürdigt worden zu sein.

Zum Schluß noch ein Wort über die Entstehung der Erklärung. Die Buchdrucker haben am Schluß ihrer letzten Tarifausschussitzung, die sich ebenfalls mit der Neuregulierung der Lohnfrage beschäftigte, eine ähnliche Erklärung formuliert. Unsere Unternehmer griffen darauf zurück und übertrugen sie in etwas veränderter Form auf das Steindruckgewerbe. Unserer Ansicht nach steht dieses Tun mit dem während der Verhandlungen von Unternehmenseite wiederholt gemachten Einwand, daß sich die Verhältnisse im Buchdruck nicht ohne weiteres auf das Steindruckgewerbe übertragen lassen, in starkem Widerspruch.

## Tarifvertrag für das photographische Vergrößerungsgewerbe.

Am 12. Januar fanden in Leipzig zentrale Verhandlungen mit dem neugegründeten Arbeitgeberverband für das photographische Vergrößerungsgewerbe statt. Die Verhandlungen führten zu einem Ergebnis, das der in Frage kommenden Arbeiterschaft nunmehr zur Urabstimmung unterbreitet wird. Es ist deshalb nötig, daß alle Kollegen und Kolleginnen die zu diesem Zwecke von den Mitgliedschaften einberufenen Versammlungen besuchen, sich über den Inhalt des Vertrages Aufklärung geben lassen, um zur einheitlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland dann ihre Stimme abgeben zu können.

Der Vertrag sieht die 47 stündige Arbeitszeit, und einen nach Geschlecht gestaffelten Grundlohn vor, zu dem eine wöchentliche einheitliche Teuerungszulage von 35 Mk. kommt. Die Überstundenfrage fand ihre Regelung, ebenso die für solche Zeit zu leistenden Zuschläge. Weitere Positionen des Vertrages regeln das Lehrlingswesen, die Feiertagsbezahlung, Entschädigung nach § 616 BGB., den Arbeitsnachweis, die Musterfrage für Lehrlinge und die Einführung von Ferien. Diese sollen nach einjähriger Beschäftigung 6, nach dreijähriger Beschäftigung 12 Arbeitstage betragen. Unter den allgemeinen Bestimmungen ist festgesetzt, daß bestehende günstigere Verhältnisse nicht aufgehoben werden dürfen; daß die Vergütung von Arbeiten nur an tarifreue Betriebe erfolgen soll, wobei Privatretoureure, die mit Gehilfen arbeiten, ausgeschlossen sind. Arbeitsordnungen dürfen dem Vertrag nicht widersprechen, wie auch Strafgehalte unzulässig sind. Sodann ist festgesetzt, daß der Gehilfe für die Firma nur gewerbliche Tätigkeit ausüben darf, in der er angestellt ist. Zu widerhandlungen berechtigten zur fristlosen Entlassung. Das Vertragsgebiet soll in Tarifkreise eingeteilt werden, für die zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten Schiedsgerichte einzusetzen sind. Gelten soll der Vertrag bis zum 31. März 1921.

Durch den Tarifabschluß muß sich das Gesamteinkommen jedes Beschäftigten um mindestens 15 Mk. erhöhen. Wird mit dieser Erhöhung der vertraglich festgesetzte Mindestlohn, der für Gehilfen je nach Alter und Ort von 65 Mk. bis 101,25 Mk., für Gehilfen 70 Mk. bis 116,25 Mk. beträgt, noch nicht erreicht, so muß die Differenz noch zugelegt werden. Endlich sieht der Vertrag auch noch den Organisationszwang gleich den jetzt abgeschlossenen Zentraltarifen unseres Verbandes vor.

Die im Vergrößerungsgewerbe Beschäftigten haben also alle Ursache, sich über die Regelung der Arbeitsverhältnisse bei den Ortsvorständen und in den Versammlungen Gewißheit zu verschaffen. Nach den Festsetzungen des Statuts unerläßt die Annahme des Vertrages der Urabstimmung, die spätestens bis zum 31. Januar beendet sein muß. Da der Vertrag vom 1. Februar ab Gültigkeit haben soll, wenn er in der Urabstimmung angenommen wird, ist Einhaltung des Termins unbedingt notwendig. Die bei den Verhandlungen anwesenden Gehilfenvertreter haben sich dafür eingesetzt, den Vertrag bei unseren Kollegen zur Annahme zu empfehlen. Nach unserer Übersicht der Verhältnisse würden mit Annahme und Durchführung des Vertrages nicht nur gleichmäßigere Verhältnisse in Deutschland eintreten, sondern auch ein guter Schritt nach vorwärts getan sein.

## Ortsberichte.

**Dresden.** Am 9. Januar 1920 fand eine Versammlung der Vertrauensmänner und Arbeiterausschußmitglieder aller Sparten statt, mit dem Thema: Die Arbeiten der bisherigen Arbeiterschlüsse und die Aufgaben der zukünftigen Betriebsräte.

An den Vortrag schloß sich eine ausgiebige Debatte. Es wurde beschlossen eine Versammlung mit dem gleichen Thema folgen zu lassen, in der auf die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen näher eingegangen werden soll. Weiterhin beschloß die Versammlung mit knapper Mehrheit, einen Vortrag über das revolutionäre Räte-system zu veranstalten. Sodann protestierte die Versammlung gegen die Regierungsvorlage zum System der Betriebsräte.

Zum Schluß der von etwa 70 Teilnehmern besuchten Versammlung wurden geschäftliche Mitteilungen entgegengenommen. Pr.

## Der Steindruck.

### Pflichterfüllung und Verantwortlichkeit.

Mit knapper Mühe und Not ist das graphische Gewerbe einer neuen, ungeheuerlichen Steuerbelastung entronnen. Der Druck, der schon jetzt auf dem Gewerbe lastet, wäre unenträglich geworden. Die Folge davon wäre die Schließung einer weiteren Reihe von Betrieben gewesen. Die Gehilfen, in voller Kenntnis der Lage des Gewerbes, haben ihre ganze Kraft aufgebracht, dieses Unheil

vom Gewerbe abzuwenden. Und ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß gerade die Mitwirkung der Gehilfenschaft einen erheblichen Teil zum Erfolg beigetragen hat. Wenn auch trotz des Erfolges ein irdischer Erdenrest zu tragen übrig bleibt, so ist dieser Rest entgegen den Anfangsabsichten gegenüber kaum nennenswert.

Dieses zielbewußte, die Lage des Gewerbes richtig einschätzende Handeln der Gehilfen, ohne irgend welche materielle Vorteile im Auge, hat ein Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl bezeugt, daß leider bei einem Teile unserer Unternehmer nicht zu finden ist. Die trüblichen Erscheinungen skandalöser Schmutzkonkurrenz gehörten sonst in das Reich der Vergangenheit. Aber auch die Klagen eines Teiles der Gehilfenschaft darüber, daß bei ihren Unternehmern nichts von einer neuen Zeit mit neuen Anschauungen zu verspüren ist. Der alte Geist des Herren im eigenen Hause geht noch bedenklid dort um und jede Auseinandersetzung ist auf den Ton gestimmt: wer sich nicht fügt, der fliegt. Daß Unternehmern mit solch vorsintfluthlichen Allüren bei gegebener Gelegenheit und in absehbarer Zeit einmal gründlich die Zähne gezeigt werden, gebietet den Gehilfen ebenfalls ihr Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl. Die Gehilfenschaft wird sich die geringen Errungenschaften der Revolution nicht aus den Händen ringen lassen.

Eigenartig ist, daß gerade die Unternehmer, die dem Geist der neuen Zeit nicht im geringsten Rechnung tragen, bei jeder Gelegenheit über mangelndes Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl der Gehilfen klagen. Ganz besonders gegen die Maschinenmeister wird dieser Einwand erhoben. Da wird nicht nur die Güte der gelieferten Arbeit bemängelt, sondern auch die Druckzahl ist nach Wunsch nicht hoch genug. Die Schmutzkonkurrenz wird zum Vergleich herangezogen und wenn das nicht helfen will, werden die Leistungsstatistiken der Vorkriegszeit herangeschleppt und in Vergleich mit den heutigen Leistungen gestellt. Zuweilen geht man sogar soweit, um seine Behauptungen zu beweisen, und stellt Abdrücke älteren und neueren Datums gegenüber.

Daß bei einer solchen Methode der Beweisführung eine Reihe wichtiger Begleitumstände unberücksichtigt bleiben, scheint nicht zu stören. Man kann sich des Gefühls kaum erwehren, daß es auf eine objektive Beurteilung auch nicht angelegt ist. Wenn auch der größte Teil der Unternehmer Kaufleute sind und deshalb Fachkenntnisse erst in zweiter oder dritter Linie figurieren, darf doch mit gutem Recht verlangt werden, daß die heute noch geltende Kriegswirtschaft mit ihren schlechten Papieren und Farben und ihren Ersatzstoffen nicht unberücksichtigt bleibt. Im Gegenteil, bildet gerade die Mangelhaftigkeit der Rohstoffe und die ständige Veränderung der Bezugsquellen einen wesentlichen Umstand bei der Beurteilung der qualitativen wie quantitativen Leistungsfähigkeit des Maschinenmeisters.

Was in vorstehenden über die Beschaffenheit des Materials gesagt worden ist, trifft natürlich auf alle Sparten des Berufes zu. Aber der Maschinenmeister hat am meisten darunter zu leiden. Nicht weil ihm die Arbeit zur besonderen Qual wird, sondern weil man ihm die ganze Verantwortung für das Gelingen der Arbeit aufhalsie. Wohl weiß man den Maschinenmeister sofort zu finden, wenn ein Auftrag nicht in der gewünschten Weise ausgefallen ist, aber man weiß ihn nicht zu finden, wenn es gilt die Grundlagen zum Gelingen der Arbeit zu schaffen. Dem Maschinenmeister das Recht einzuräumen, bei Bestellung der Rohmaterialien ein Wort mitzureden, um sich zugleich über den Zustand und die Beschaffenheit des zu verarbeitenden Materials zu informieren, lehnt man aus Geschäftsücksichten ab. Dieses Verbergen hinter Geschäftsücksichten ist aber weiter nichts als das Eingeständnis, der Arbeiterschaft nicht zu weit in den Betrieb und seine Geheimnisse Einblick zu gewähren. Betriebsgeheimnisse spielen bei dieser Verweigerung die geringste Rolle. Ganz andere, viel näher liegende Dinge geben den Ausschlag dabei.

Wenn Pflichterfüllung und vor allen Dingen Verantwortlichkeit wieder von uns Maschinenmeistern verlangt wird, dann wollen wir nicht vergessen, das Gleiches mit Gleichem vergolten werden muß. Vor allen Dingen ist notwendig, daß das Recht eingeräumt wird, sich vorher genaue Informationen über die Beschaffenheit des Materials einzuholen. Die Veränderung aller Bezugsquellen ist sofort anzuzeigen und die erste Probe im Betriebe allen in Frage kommenden Arbeitern zur Kenntnis zu geben. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt werden, ist es dem Maschinenmeister möglich mit einiger Sicherheit das Ergebnis seiner Arbeit vorher anzugeben. Im andern Falle soll man aufhören, über mangelndes Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl zu zernern. Wer nicht gewillt ist, Rechte zu teilen, hat die Berechtigung verwirkt. Pflichten andern aufzuerlegen.

Die Frage der Entlohnung soll in diesem Zusammenhang garnicht erwähnt werden. Aber fest steht, daß die heutige Entlohnung nur ein Pendeln an der Grenze der Existenzmöglichkeit gestattet. Ob aber unter solchen Verhältnissen die viel ge-

wünschte Hebung und Förderung unseres Gewerbes unter Mithilfe der Gehilfenschaft möglich ist, darüber möge sich das Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer einmal klar werden.

### Die photomech. Fächer.

#### Ortsberichte.

**Hamburg, Chemigraphen.** Die Chemigraphen Hamburgs befaßten sich in der am 5. d. Mts. stattgefundenen Versammlung mit der Notlage der Kollegenschaft, es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen.

Die Chemigraphen Hamburgs beantragen, daß der Tarifausschuß unverzüglich zusammentritt und eine Erhöhung der Teuerungszulagen dergestalt vornimmt, daß das Einkommen jedes volljährigen Kollegen mindestens 200 Mk. pro Woche beträgt, mit Wirkung ab 1. Januar d. J.

Zur Begründung kurz folgendes: Seit der Erhöhung der Teuerungszulagen um durchschnittlich 20 Mk. für jeden Kollegen ab 7. Nov. v. J., welches bekanntlich auch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein war, sind knapp 2 Monate verflossen. Während dieser Zeit ist die Lebenshaltung um mindestens 20 bis 30 Prozent gestiegen. Wir erinnern nur an die Steigerung der Brot-, Fett-, Fisch-, Kartoffel-, Kohlen- und Zuckerpreise, abgesehen von den gewaltig hochgedraubten Preisen für die anderen notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Allen staatlichen und vielen gewerblichen Arbeitern ist eine Wirtschaftsbefehle gewährt worden, sodaß dieselben sich dafür die allernotwendigsten Anschaffungen machen konnten. Die gesamten Arbeiter des graphischen Gewerbes müssen ohne eine solche die Entbehren der schweren Zeit durchkosten.

Die Hamburger Kollegen ersuchen daher den Tarifausschuß, gemeinsam mit dem Tarifamt über Mittel und Wege zu beraten, um unseren Unternehmern die Möglichkeit zu geben, eine zeitensprechende Erhöhung der Löhne vornehmen zu können. Sie gehen dabei von dem Grundsatz aus, daß bei einer eventuellen Schließung der Betriebe die Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung für den Staat eine weit empfindlichere sein würde als bei einer rechtzeitigen Unterstützung unseres Gewerbes.

Die gesamte Kollegenschaft Deutschlands fordern wir auf, unseren Antrag auf das nachdrücklichste zu unterstützen. Die Chemigraphen Hamburgs.

### Die Tapetenbranche.

#### Ortsberichte.

**Berlin, Formstecher.** In der am 10. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kollege Weiner den Bericht des Vorstandes. Die hierauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Kollege Weiner, Kassierer Kollege Siegner, Schriftführer Kollege Gräfe. Als Revisoren wurden die Kollegen Abredt und Körte gewählt. Zu Beisitzern der Zentralkommission wurden die Kollegen Brinkmann, Ernstberger, Siegner und Scheiblich gewählt.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde infolge der ständig steigenden Preise für Lebensmittel eine sofortige Lohnerhöhung in Erwägung gezogen, worauf Kollege Schubart zur Kenntnis gab, daß in dieser Angelegenheit bereits Schritte unternommen sind.

Aus der Lokalkasse wurden nachträglich 50 Mk. für die Weihnachtunterstützung der Arbeitslosen bewilligt. Die Mitgliederversammlungen finden nach wie vor am letzten Sonntagnachmittag im Monat im Lokale von Schulz im Königsgraben statt. Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Einbeck, Formstecher.** Unsere am 11. Januar stattgefundenen Generalversammlung war von fast allen Kollegen besucht. Der Vorstand wurde, von einigen Kollegen abgesehen, einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Er führte aus, daß dieses zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage reich an Kämpfen gewesen ist. Waren es doch die Filialen Hildesheim und Einbeck, die zuerst Schritte unternahmen, ihre Löhne der derzeitigen Teuerung etwas anzupassen. Wurden doch in Einbeck im April vergangenen Jahres noch Löhne gezahlt, die weit hinter dem der gewöhnlichen Arbeiter zurückstanden. Erst mit Hilfe eines 16tägigen Streikes konnte man sich auf der anderen Seite dazu ver-

stehen, eine kleine Aufbesserung der Löhne vorzunehmen. Auch die am 1. November v. J. in Kraft getretenen neuen tariflichen Löhne, reichen bei weitem nicht aus, der jetzigen teuren Lebensweise einigermaßen gerecht zu werden, sodaß wir uns gezwungen sehen, die von der hiesigen Gewerkschaft vorgeschlagenen Lohnerhöhung von 60 Prozent für uns Formstecher zu beanspruchen. In diesbezügliches Vorgehen der hiesigen Kollegen wurde mit dem Bemerkten zurückgewiesen, das dies Sache der beiderseitigen Vorstände sei. Hoffen wir, daß die Kollegen der anderen Filialen nicht zurückstehen möchten und diese Angelegenheit in aller kürzester Zeit in einer für uns zufriedenstellenden Weise erledigt wird.

Wie wohl den meisten Kollegen bekannt sein wird, wurde hier in Einbeck im Juli v. J. unter dem Namen »Südhannoversche Druckwalzenfabrik, G. m. b. H.« eine neue Firma gegründet, in der, der wohl den meisten Kollegen bekannte Herr Alfred Vörkel aus Schmiedeberg als Teilhaber und technischer Leiter fungierte. Zum Glück aber, der in dieser Stecherei beschäftigten Kollegen dauerte die Herrlichkeit des Herrn Vörkel nicht lange. Nach kaum halbjähriger Tätigkeit ist Herr Vörkel aus der G. m. b. H. ausgeschieden, um höchstwahrscheinlich in aller Kürze unter dem Namen Alfred Vörkel & Söhne einem neuen Kunststempel die Pforte zu öffnen.

Mit dem Wunsche, daß dieses neue Jahr uns einer erträglichen Zukunft entgegenführen möchte, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

### Feuilleton.

#### Was ist ein Gewerkschaftsbz?

Das älteste Mittel der Menschen zur Verständigung, zum Gedankenaustausch und zur Gedankenübertragung ist die Sprache. Die Sprache ist der Versuch, die einzelnen Erscheinungskomplexe begrifflich festzuhalten und ihnen allgemein gültige Ausdrucksformen zu geben. Da aber alle Erscheinungsformen erst durch das Denkvermögen der Menschen gehen müssen, um sprachlich zum Ausdruck zu kommen, ist die Sprache abhängig von dem Grad des Erkenntnisvermögens der Menschen. Je tiefer deshalb der Mensch in das Wesen der Dinge einzudringen vermag, desto schärfer wird seine Begrifflichmachung umrissen sein. Die Sprache als die Umreifungsform aller Erkenntnis wird deshalb in dem Grade Veränderungen unterworfen sein, als das Erkenntnisvermögen in das wahre Wesen der Dinge einzudringen vermag und Form und Farbe der Sprache bedingt.

Je weiter die Menschen in die Erkenntnis aller Dinge dringen, um so gestaltiger wird die Sprache. Sie entwickelt sich im Laufe der Zeit zu Disziplinen und schafft Sprachgebräuche, die nur für bestimmte Gebiete volle Geltung haben.

Ganz natürlich hat auch die Arbeiterbewegung der Sprache ihren Stempel aufgedrückt. Sie hat nicht nur dazu geführt, daß neue Worte in den Sprachgebrauch eingeführt wurden, sondern hat auch mit dazu geführt, mehrere Erscheinungskomplexe in ein Wort zu pressen. Das Ergebnis davon sind sogenannte Schlagwörter, deren Nennung beim Hörer eine ganze Menge bestimmter Begriffe lebendig werden läßt.

Ein solches Schlagwort in der Gewerkschaftsbewegung ist das Wort Gewerkschaftsbz. Da es auch in letzter Zeit in unsern Kollegenkreisen Eingang gefunden hat, wollen wir seine Erklärung versuchen. Die Gewerkschaften sind zu bekannt, um eine Erklärung dafür geben zu müssen. Bz übersetzt Wilhelm Liebknecht in seinem Fremdwörterbuch mit Priester. Ein Gewerkschaftsbz wäre demnach ein Gewerkschaftspriester, ein Lehrer und Propagandist der Gewerkschaftsideen.

Eine humoristisch satirische, aber auch zugleich die gegenwärtige Situation in der Gewerkschaftsbewegung bengalisch beleuchtende Auslegung und Inhaltsdarstellung des Wortes Gewerkschaftsbz gibt die Daxdederzeitung. Sie schreibt:

»Im Sprachschatz unserer neuesten gewerkschaftlichen Ausdrücke ist seit etwa einem Jahre das Wort Gewerkschaftsbz aufgeblüht, das vielen ein beliebtes Mittel ist, ihre Verachtung gegen das auszudrücken, was die Führer sprechen, tun, vorschlagen, in Aussicht stellen oder auch nur andeuten wagen. Dabei ist manchem, der dieses Kosewort gebraucht, gar nicht recht klar, was er damit meint, welchen Sinn es eigentlich haben soll.

Zunächst: Was ist ein Gewerkschaftsbz? Er ist fast immer einer, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, und im Kriege die Politik der Generalkommission vertrat, weil er glaubte, damit seiner Gewerkschaft am besten zu dienen. Meistens ist der Bz schon so lange gewerkschaftlich und politisch organisiert, wie die anderen noch nicht einmal alt sind. Er wurde schon gemäßigter, mit seiner Familie oft aus der Heimat vertrieben, die, die ihn heute beschimpfen, noch mit dem Finger auf »so einen« zeigten, der schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts seine Haut zu Markte trug. Das ist rein äußerlich ein Gewerkschaftspaffe. Er hat besondere Kennzeichen an sich. In der Regel wurde er schon ein dutzendmal einstimmig wiedergewählt, so daß er in vollem Maße das Vertrauen seiner Kollegen besitzt. Wenn man in alten Protokollen nachliest, findet man sogar von radikalen Rednern bestätigt, daß so ein Bz auch etwas von der praktischen Arbeit versteht — früher natürlich. Da er aber seiner Überzeugung treu bleibt und nicht gleich aus Angst »brotlos« zu werden, zu einer radikaleren Richtung hinüberwechselt, ist er heute ein dummes Luder, das sich den Unternehmern verkauft, sich von der Regierung bestechen läßt. (Weil er oft nicht so viel verdient, wie ein Arbeiter, ist es ja auch ganz erklärlich, daß er die Haut seiner Kollegen verscheidet.)

So ein verächtlicher Gewerkschaftsangelegter hat meistens seit Jahrzehnten schon den Kampf für seine Mitarbeiter als seines Lebens höchstes Ziel betrachtet, hat vielfach auf Familienleben und Erholung nach Feierabend verzichtet, um sich etwas Wissen anzueignen und nicht bloß Unsinn zu schwätzen, wenn er mit Unternehmern oder Behörden zusammenkommt. Er gab sein Geld für Bücher aus, um sich zu bilden. Deshalb haben die, die auf alles das pfeifen, doppelten Grund, auf ihn zu schimpfen, da, wenn er spricht, die anderen nachdenken müssen und nicht bloß vom Phrasenbrei benehelt werden.

Warum so ein Gewerkschaftsbz nicht auch die ewige Seligkeit schon auf Erden verspricht, damit er unter »rasendem Beifall« abtreten kann, darüber zerbrechen sich die anderen nicht den Kopf. Er ist jedenfalls ein Idiot, sagen sie sich, denn er könnte es leichter haben, könnte auch wie die anderen denken: Nur viel versprechen, um alle bei guter Laune zu halten. »Nach mir die Sintflut.« Er hat aber auch keine Spur von Verständnis für die neue Zeit, er meint immer noch, Sozialismus sei etwas anderes wie Egoismus, ja, er sagt: man müsse, ehe man »Rat« sein könne, auch in der Lage sein, anderen etwas zum Raten aufzugeben. Auf der Namen komme es nicht an, sondern auf die Wirksamkeit, das Verständnis und den festen Willen, dort zuzupacken, wo es der gesamten Arbeiterschaft nützt, nicht nur einer Interessengruppe. Ein Gewerkschaftsbz geht weiter: Er schließt Tarifverträge ab, die weit besser sind wie man die von »Antibonzen«. Aber das tut er nur, weil er sich dann desto besser auf die faule Haut legen kann. So ein Priester der Gewerkschaften, der seit 30 Jahren für den Achtstundentag gekämpft hat, der aber selbst täglich 15 Stunden schafft, Sonntags und abends auf der Bahn liegt, von den Unternehmern gefürchtet, von den Kollegen verachtet wird, kann den Geist der neuen Zeit nicht verstehen. Das können nur die, die noch nicht so viel Marken im Verbandsbuch haben, um Krankenunterstützung zu bekommen, weil sie dazu schon zwei Jahre organisiert sein müßten, obgleich sie im Schwabenalter sind. Wenn dann der Bz kommt und sich darüber aufhält, daß sie früher die alten Gewerkschaftler allein haben kämpfen lassen, deshalb heute nicht alles auf einen Schlag bekommen können, weil die Revolution nur ein militärischer Zusammenbruch war und noch nicht die wirtschaftliche Gleichheit bringen konnte, weil die Revolution erst den Boden geebnet hat, auf dem wir uns der Ketten entledigen können, dann haben sie die Hand, sehen den Bonzen mitläufig an, betrachten seine Schädelform und sagen fein lächelnd: »Das verstehst Du nicht, dazu bist Du viel zu dumm...«

Das also ist ein Gewerkschaftsbz. Es gibt Leute, die das Schimpfwort bei jeder Gelegenheit verwenden, manche, ohne seinen Sinn zu verstehen. Denen ein wenig auf die Strümpfe zu helfen, ist diese Erläuterung geschrieben. Um vollständig zu sein, erwähnen wir noch, daß es auch »Oberbonzen« gibt. Aber über die redet man schon lieber gar nicht...«

**„Betromit“** Schnelltrocknemittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamsten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

**„Steingummi“** flüssig, Ersatz für edles Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

**„Enoldin“** — Druckpaste — speziell für schlecht zuverdrückende Farben und Papiere.

**„Enol“** — Drucktinte — sehr geeignet für Bronzedruck.

**„Gollad“** vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserneil, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfehlen

**H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.**  
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

## ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinte, Neuschleifen gebrauchter Platten. — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos. —  
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50  
Fernruf: Moritzplatz 12269.

## Trockentinte Merkantil-

in Papierform  
beste und billigste Tinte (10 Flaschen 1,50 Mk.)  
liefert gegen Voreinsendung des Betrages  
P. SEIFERT, Halle a. S., Zietenstraße 5.

## Farbenlichtdruck-

Maschinenmeister  
sucht  
Albert Frisch, BERLIN W. 35,  
Lützowstr. 66.

## Lithograph,

tätig in Graver und Feder sowie im Entwerfen moderner Arbeiten, gebt an der Liniemaschine, zu baldigem Antritt in dauernder Stellung gesucht von

## Gebrüder Reichel,

Augsburg.